

# **RESOLUTION**

## **vom 8. Internationalen Kongress der KAB**

Am 24. Oktober trafen sich ca. 70 Verantwortliche der KAB aus Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Österreich zum 8. Internationalen KAB Kongress in Brünn. Zentrales Thema der Beratungen war die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer.

Sowohl in den Referaten als auch in den Beiträgen der Teilnehmer wurden die vielfältigen Auswirkungen mit denen die Arbeitnehmer zum Teil „unter Druck“ gesetzt werden, dargelegt.

Im konkreten wurden folgende Maßnahmen ausgeführt:

- Kürzung der Arbeitszeit und damit verbunden eine Kürzung der Gehälter
- Reduzierung und Streichung von Sozialleistungen
- Standort- und oder Filialschließungen
- Zwang zu Urlaubsverbrauch und Abbau von Zeitguthaben
- Aufforderung einen unbezahlten Urlaub in Anspruch zu nehmen oder einen Vorgriff auf künftige Urlaube zu nehmen
- Im Rahmen von ausgeweiteten Flexibilisierungsmaßnahmen „Minusstunden“ aufzubauen
- Analyse der „Fehlzeiten“ wie Krankenstand und anderer berechtigter Abwesenheiten über sich ergehen zulassen
- Höherer Druck, vor allem auf ältere AN
- Verstärkter Einsatz von „Leihpersonal“
- Kündigung und Arbeitslosigkeit

All diese Erscheinungen bedeuten für die betroffenen Menschen nicht nur oft eine starke finanzielle, sondern auch eine psychische und physische Belastung. Nicht alle sind in der Lage sich selbst dagegen zur Wehr zu setzen. In diesen Situationen wird sehr klar erkennbar, dass der aktive Einsatz der Betriebsräte und Gewerkschaften unbedingt erforderlich ist, um besondere Härten und Nachteile für Arbeitnehmer zu verhindern, oder zumindest zu mildern.

Es gibt aber auch positive Erfahrungen, dass durch konkrete Vereinbarungen wie „Kurzarbeit“ die Reduzierung der Arbeitszeit geordnet und sozial ausgewogen erfolgt. Darüber hinaus konnten betroffenen Arbeitnehmer an „Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen“ teilnehmen und danach höher qualifiziert eine neue Tätigkeit antreten. In besonders schwierigen Fällen konnte durch „Sozialpläne“ eine gewisse Milderung der Nachteile erreicht werden.

Ganz besonders wichtig scheint in all diesen Fällen, dass jeder betroffenen Arbeitnehmer, der zuständige Betriebsrat und auch die Gewerkschaft einzubeziehen sind, damit sowohl die Nöte der Arbeitnehmer berücksichtigt werden, als auch die gesamt-gesellschaftliche Betrachtung einbezogen wird.

## **Inspiziert aus den Dokumenten der „Christlichen Sozialethik“ erheben wir folgende Forderungen:**

1. Die gesamte Ökonomie und das ganze Finanzwesen sollten nach ethischen Maßstäben ausgerichtet sein, statt von Habgier, Egoismus und Kampf um maximale Gewinne ohne Rücksicht auf Andere, insbesondere die Sorgen und Nöte der Arbeitnehmer.
2. Das gesamte Finanzsystem muss der realen Wirtschaft dienen und diese unterstützen und so zur positiven Entwicklung der Produktion und Güter beitragen. Es darf nicht im Gegensatz stehen zu den Bedürfnissen, die allen Menschen ersehnen.
3. Die Finanzmakler müssen bei ihrer Tätigkeit ethische Grundlagen akzeptieren und dürfen hochentwickelte Finanzinstrumente nicht zur Täuschung potentieller Klienten missbrauchen.
4. Zu nutzen sind beispielsweise positive Erfahrungen mit neuen Entwicklungsprojekten bestimmter Finanzierungsformen, die auch Regulierungsmaßnahmen zum Schutz schwächerer Subjekte mit einschließen. Hier wäre auf die gut bewährten Methoden der sogenannten Mikrofinanzierung, welchen immer noch nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet wird, zurückzugreifen.
5. Das Finanzwesen braucht eine Erneuerung seiner Strukturen, sowie die Suche nach neuen Funktionsmodalitäten. Der Ruf nach einer neuen Finanzarchitektur ist schlicht und einfach ein Gebot der Stunde damit dem Egoismus und der Willkür einzelner Akteure Einhalt geboten wird.

Die Berichte der Ländervertreter machten deutlich, dass die Demokratie in vielen Ländern zu beachten und auszubauen ist, insbesondere in den Betrieben, wo es vor allem um die Mitbestimmung der Arbeitnehmer geht.

Darüber hinaus ist alles daran zu setzen, dass die Inflation gering gehalten wird und die Einkommen der Arbeitnehmer auf ein Ausmaß angehoben wird, von dem ein Arbeitnehmer und seine Familie ein menschenwürdiges Leben führen können. Von uns kann nicht akzeptiert werden, dass in vielen Bereichen und Regionen ein hoher Anteil an Arbeitslosen zur Kenntnis genommen wird.

Wir möchten nicht zuletzt auf das Problem der Migration verweisen, die nicht nur starke wirtschaftliche Probleme, sondern auch soziale und humanitäre Fragen nach sich zieht.

*Brünn, am 24. Oktober 2009*